# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 197. | Dresden, Freitag den 26. August 1910. | 21. Jahrg.


## Die Presse über Zschopau-Marienberg.

Der überwältigend großartige Wahlsieg unserer Partei in Zschopau-Marienberg löst naturgemäß eine Fülle von Pressestimmen aus. Der Jammer der „Ordnungs"zeitungen ist geradezu unbeschreiblich. Viel Gutes hatte man ja nicht erwartet, aber eine so furchtbar vernichtende Niederlage der konservativ-antisemitischen Richtung hatte man doch nicht für möglich gehalten. Die konservativen und viele nationalliberalen Blätter schieben die Schuld ihrer Niederlage auf allerlei Momente, nur die wirkliche Hauptschuld ihrer eignen volksfeindlichen Politik wollen sie nicht wahrhaben. Sie reden von der „waschlappigen Partei der Nichtwähler", von bedauerlicher Gleichgültigkeit weiter Wählerkreise, sie reden von der Steuerhetze der Liberalen. Was nun weiter werden soll in der deutschen Politik, darüber sind sie sich völlig im unklaren. Die linksliberalen Blätter betonen dagegen, daß eine gründliche Umkehr der Regierung von den jetzigen reaktionären Bahnen die Voraussetzung wäre, um für die bürgerlichen Parteien eine bessere Situation zu ermöglichen. Auch einen seltsamen Trostgrund machen sich einige liberale Blätter zurecht, indem sie betonen, daß der gewählte Genosse Paul Göhre zu den „Revisionisten" in der Sozialdemokratie zähle. Ein alberner Tröstungsversuch, der besonders komisch wirkt, wenn man bedenkt, daß der Freisinn es für nötig gehalten hat, im Wahlkreise Zschopau-Marienberg, wo er zuvor gar nicht aufgetreten war, eine eigene Kandidatur aufzustellen und die größten Bemühungen aufzuwenden. Die Wähler haben den Sozialdemokraten Göhre gewählt, weil ihnen eine radikale Politik gerade gegenwärtig unbedingt nötig erscheint.

•

**Konservative Blätter.**

Sehr verlegen zeigt sich die Kreuzzeitung, das konservative Hauptorgan, das bisher stets behauptet hatte, gerade der Liberalismus sei es, der durch den Ansturm der Sozialdemokratie betroffen werde. Jetzt muß sie erkennen, daß die konservativ-antisemitischen Hauptbeliebter der Reaktion noch gründlicher vom Volkszorn über den Haufen gerannt werden. Die Kreuzzeitung weiß daher vorläufig nur einige ganz nebensächliche Bemerkungen zu stammeln.

Die Deutsche Tageszeitung versichert, sie sei nicht überrascht von dem Wahlergebnis. Trotzdem aber gebe sie zu, daß sie einen so starken Rückgang der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen und ein so starkes Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Wähler nicht erwartet hätte. Zum eigenen Trost und zum Troste ihrer Anhänger sucht sie dann das Resultat auf die Steuerhetze, auf die schlechte Schulung der Wähler, auf den Mangel an Organisation usw. zurückzuführen. Aber immer wieder bricht die Erkenntnis durch, daß die Wahl doch eine geradezu vernichtende Niederlage der Bürgerlichen ist:

„Gleichwohl ist das gestrige Ergebnis überaus betrübend und beschämend. Das muß zugestanden werden. Man mag noch so viel Erklärungsgründe anführen, man mag beispielsweise darauf hinweisen, daß der sozialdemokratische Kandidat sehr gemäßigt auftrat und das Endziel der Partei verhüllte: die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen um mehr als 2500, die Abnahme der bürgerlichen Stimmen um fast 5000 ist eine überaus ernste Mahnung an alle bürgerlichen Parteien, auch an unsere Freunde. Ob das Ergebnis erheblich anders geworden wäre, wenn man sich von vornherein auf einen Kandidaten geeinigt hätte, möchten wir bezweifeln. Das Törichste wäre, wenn man nun kleinmütig verzweifeln und die Hände in den Schoß legen wollte. Das Wahlergebnis muß vielmehr jede mahnen, zu arbeiten und immer wieder zu arbeiten und nicht zu verzweifeln. Diese Arbeit wird aber nicht den gewünschten Erfolg haben, wenn nicht die maßgebenden Stellen mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln der roten Flut wehren. . . ."

Die Post bläst zum Sammeln aller bürgerlichen Parteien: „Das ganze Ergebnis aber kann den Ausblick in die Zukunft nur noch verdüstern. Im bürgerlichen Lager bekämpfen die Rechte und die Linke sich aufs erbitterste nach wie vor. Hansabund und Bund der Landwirte haben die Streitaxt noch nicht begraben. Irgend eine Tat der Regierung, die die streitenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit aufrütteln könnte, steht nicht bevor. Wenn sich so unsere Verhältnisse weiter entwickeln, dürften wir bei der nächsten Reichstagswahl ein Wachstum der Sozialdemokratie erleben wie nie zuvor. Das müssen sich alle diejenigen gesagt sein lassen, die es heute noch für erlaubt halten, mit kleinlichem Streit sich zu befehden, anstatt gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind Front zu machen."

Die Leipziger Zeitung (Organ der sächsischen Regierung) sagt: „Wie wir schon Anfang Juli schrieben, war eine sehr starke Anspannung notwendig, wenn die bürgerlichen Parteien den Kreis nicht im ersten Wahlgange verlieren wollten. Dieser unerfreuliche Fall ist leider eingetreten. Bei einer gegen 1907 um knapp 2000 Stimmen geringeren Wahlbeteiligung hat der Sozialdemokrat mit großer Stimmenmehrheit im ersten Wahlgange gesiegt, und zu den üblen Erfahrungen in Lyck und Cannstatt, aus denen die bürgerlichen Wähler keine Lehre gezogen haben, ist nur eine neue gekommen. Die Enttäuschung muß auf der rechten Seite noch größer sein als auf der linken. Auf beiden aber sollte man sich — freilich zu spät — sagen, daß ein gemeinsames Vorgehen den Sieg der Sozialdemokraten wenn nicht verhindert, so doch erschwert haben würde."

Die Dresdner Nachrichten jammern kläglichst: „Der Ausfall der Nachwahl ist derart beschämend für die bürgerliche Sache, daß der nationale Politiker kaum Worte findet, um den Gefühlen patriotischen Schmerzes und heftigster Entrüstung, die sich ihm angesichts eines so hoch angeschwollenen Mitläufertums und einer solchen, alles Maß überschreitenden Saumseligkeit eines nur zu großen Teiles der staatserhaltenden Elemente mit zwingender Gewalt aufdrängen, einen adäquaten Ausdruck zu verleihen. . . So haben bürgerliches Mitläufertum und die berüchtigte Partei der Nichtwähler der staatserhaltenden Sache eine neue, wahrhaft blamable Niederlage beigebracht.

Alle staatserhaltenden Kräfte müssen bis aufs äußerste angespannt, das patriotische Gewissen muß in allen bürgerlichen Schichten nachdrücklich aufgerüttelt werden, damit die Erkenntnis der verheerenden Folgen, die der Parteihader zwischen rechts und links anrichtet, noch in letzter Stunde die unbedingt notwendige Einigung gegen den gemeinsamen inneren Feind, in der jetzt angesichts der bevorstehenden Reichstagsneuwahlen sich die oberste Forderung des Tages verkörpert, verwirklicht werden kann."

Die Leipziger Neuesten Nachrichten:

„Das Mandat für Zschopau-Marienberg je wieder für das Bürgertum zurückzugewinnen, wird es eines ungewöhnlich kräftigen Vorstoßes von bürgerlicher Seite und einer besonders zugkräftigen Wahlparole bedürfen. Beides hat bei der jetzigen Ersatzwahl völlig gefehlt. Eine Wahlparole gab es überhaupt nicht, und man war deshalb im bürgerlichen Lager genötigt, lediglich eine Verteidigungsstellung einzunehmen. Es kam hinzu, daß die Spaltung im bürgerlichen Lager von vornherein ein einheitliches, energisches Vorgehen gegen die Sozialdemokratie unmöglich machte. Die Waffen, die man gegen die Sozialdemokratie schwingen sollte, kehrte man gegeneinander, und der Bruderkampf, soweit man unter solchen Verhältnissen überhaupt noch von einem solchen sprechen kann, nahm bedauerlicherweise Formen an, die selbst im Falle einer Stichwahl einen bürgerlichen Sieg unmöglich gemacht hätten."

**Nationalliberale Blätter.**

Die Kölnische Zeitung:

„In Zschopau-Marienberg hatten die Sozialdemokraten besonders leichtes Spiel: sie sollten das Mandat einer sterbenden Partei abnehmen und sie kamen mit einem Kandidaten, der auf die industrielle Bevölkerung der Städte und Dörfer des Erzgebirges schon durch seine Vergangenheit wirken mußte und der Mitläufer von überall her anzog. . . . Die Reformpartei hat ausgespielt. . . . Dieser Rückgang beweist oder vielmehr bestätigt zweierlei. Zunächst die Tatsache von dem bevorstehenden Ende der konservativen Duodez-Parteien; dann aber auch die von der konservativen Presse so hartnäckig bestrittene Selbverständlichkeit, daß die rechtsstehenden Parteien den Anprall der Sozialdemokraten noch viel weniger aufhalten können als die Parteien der Mitte; denn was an dem Ausfall der Wahl in Zschopau-Marienberg politisch am interessantesten ist, das ist das völlige Versagen der Konservativen und das Standhalten der Liberalen. . . Die Konservativen müssen einsehen, daß sie nicht der Damm sind, der die rote Flut zurückhält, sondern der Graben, der die Wasser einläßt. Der Liberalismus schließlich hat keinen Grund zu jauchzen; von dem Katzenjammer der Konservativen aber ist er verschont geblieben."

Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung:

„Zugegeben werden muß, daß beide bürgerlichen Kandidaten, Landgerichtsrat Brodauf wie der Reformer Fritzsche, mit ihren sie stützenden Organisationen redlich das Ihre getan haben, um zu retten, was von vornherein kaum zu retten möglich war. Bis auf kleinliche gegenseitige Auseinandersetzungen haben sie mit großer Aufopferung Zeit, Mühe und Kraft darangegeben, um den Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern, um das Erbe Zimmermanns ihrer Partei zu erhalten oder zu erobern. Es ist vergebens gewesen. Die Scharen der Ueberläufer hatten den fertigen Stimmzettel längst in der Westentasche, in hellen Haufen sind sie in das Lager der Widersacher eingeschwenkt und haben dem 51. Genossen das höchste Ehrenamt des deutschen Volkes anvertraut.

Was nun? Es sei wiederholt: Die Finanzreform ist zu ergänzen durch eine Erbschaftssteuer. Eher wird nicht Ruhe werden. Den Regierungen aber sei auf Grund zuverlässigsten Kenntnis der Verhältnisse gesagt, daß eine geradezu zersetzende Erbitterung herrscht über eine ganze Reihe von Maßnahmen, so z. B. über die souveräne Behandlung andersdenkender Parteien und Abgeordneten, wie sie sich Regierungsvertreter im Landtage wiederholt erlaubt haben, über die Gleichgültigkeit gegenüber dringenden Forderungen die, im Zuge der Zeit begründet, von ernsten Männern aufgestellt, früher oder später doch bewilligt werden müssen, über die matte Art der deutschen Regierung, die Interessen der dem Erzgebirge Arbeit und Brot gebenden Industrien dem Auslande gegenüber zu vertreten."

Dresdner Anzeiger:

„In einer Feierstunde von erhebender nationaler Stimmung sprach Kaiser Wilhelm die Worte: ‚Lassen Sie diese Feierstunde nicht als vorübergehende Welle patriotischer Begeisterung verrauschen, sondern bleiben Sie fest bei der eingeschlagenen Bahn!' Wo ist heute die Wirkung dieser kaiserlichen Worte? Fast alle seitdem notwendig gewordenen Nachwahlen mit nur verschwindend geringen Ausnahmen haben bewiesen, daß für die bürgerlichen Parteien die patriotische Begeisterung der 1907er Wahlen in der Tat nichts mehr als eine vorübergehende Welle gewesen ist. Wenn nicht alsbald ein völliger Wandel innerhalb der bürgerlichen Parteien eintritt, werden die nächsten Wahlen die Sozialdemokraten auf einen Wellenberg führen, von dem aus sie mit gutem Recht verächtlich auf das uneinige, unentschlossene und kraftlose Bürgertum herabblicken können."

**Linksliberale Blätter.**

Berliner Tageblatt

„Gewiß auch die liberalen Erwartungen sind nicht voll in Erfüllung gegangen. Aber man muß berücksichtigen, daß der Liberalismus im Wahlkreise so gut wie gar nicht organisiert war, daß er seit langen Jahren in diesem Wahlkreise überhaupt nicht mehr gekämpft hatte.

Für die Reformpartei bedeutet die gestrige Niederlage die Vernichtung, nicht bloß in Zschopau-Marienberg, sondern in ganz Sachsen, und nicht bloß in Sachsen, sondern im ganzen Reich. Die Wähler haben mit ihrer einzigen, aber furchtbaren Waffe des Stimmzettels allen reaktionären Illusionen ein grausames Ende gemacht. Und wenn irgendeine Lehre für den Liberalismus aus der Wahl in Zschopau-Marienberg gezogen werden darf, dann ist es die, daß der Liberalismus den Trennungsstrich zwischen sich und den reaktionären Parteien ziehen muß mögen sie nun „völkisch" oder agrarisch oder klerikal schillern. Er würde seine Hoffnungen an ein linkendes Schiff hängen und von ihm mit in den Strudel gezogen werden. . . .

So groß immer die Erfolge der Sozialdemokratie sein mögen,

## Der nationale Zwist in der österreichischen Sozialdemokratie.

th. **Wien**, 25. August.

Die österreichische Sozialdemokratie tritt beladen mit einem inneren Konflikt vor den Internationalen Kopenhagener Kongreß. Seine Entscheidung wird angerufen, und es ist die Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs, die gegen die tschechische Sozialdemokratie die Klage erhebt, sie habe den Beschluß des Stuttgarter Kongresses über die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zur Seite geschoben und arbeite daran, die Gewerkschaften national zu spalten. Und doch war in Stuttgart unter den Antragstellern der erste Führer der tschechischen Partei, Nemec! Die Zertrümmerung der österreichischen Gewerkschaften ist das Werk langjähriger, von einem ausdauernden Willen geleiteter Anstrengungen. Die Prager Gewerkschaftskommission, die sich der internationalen Wiener entgegensetzt, suchte sich zuerst der kleingewerblichen tschechischen Arbeiter Böhmens zu bemächtigen, schlug dann die großen Verbände der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Holzarbeiter entzwei und griff endlich nach Mähren über, wo bisher die tschechischen Arbeiter fast ausschließlich an der Wiener Zentrale treu festgehalten hatten. Die Mittel, die bei diesem Unternehmen angewendet wurden, ließen den inneren Krieg in offene Skandale ausbrechen. Der Führer der tschechischen Sozialdemokratie Mährens ist Vanek, ein Mann, der mit dem Landtagsabgeordnetenmandat die Herausgabe des Blattes „Reclama" verbindet, das der tschechisch-chauvinistischen Boykottformel: Kauft nur bei Tschechen dient und durch die Inseratengebühr der tschechischen Händler erhalten wird, die es „national" fördert. Vanek und sein Freund Tusar, der leitende Redakteur des tschechischen Brünner Parteiblattes „Roverst" machten es sich zur Aufgabe, alle Anhänger einer internationalen Gewerkschaftsbewegung aus den Vertrauensstellungen der Partei zu entfernen. Das führte zum Widerstand der „Zentralisten". Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Brünner Gewerkschaften verlangte die Entfernung der beiden Störenfriede. Die „Roverst" eröffnete nun ihren Feldzug gegen die Zentralisten, die als „von Wien bezahlte Sekretäre" bezeichnet und beschuldigt wurden, die Interessen der tschechischen Arbeiter nach dem Wunsche der Wiener Gewerkschaftskommission preiszugeben. Die ungeheuerlichsten persönlichen Beschuldigungen würzten die Polemik, die von der Prager tschechischen Parteileitung zuerst wohlwollend geduldet, dann aber durch einen offiziellen Beschluß zur Parteimeinung erhoben wurde, wobei Nemec den Kampf der „Separatisten" gegen die Wiener Zentrale mit der verzweifelten Abwehr der Finnländer gegen den Zarismus verglich. Nun gründeten die Zentralisten den „Proletar" und noch heftiger wurde der Kampf. Man scheute nicht einmal davor zurück, den Redakteur des „Proletar" aus der Partei auszuschließen.

Dieser Krieg, zwischen zwei Lagern tschechischer Arbeiter, den Separatisten und den Zentralisten, geführt, hat keineswegs zum Motiv, dem tschechischen Element innerhalb der Gewerkschaften eine stärkere Geltung zu verschaffen. Denn die internationalen Gewerkschaften tragen — trotz der ungeheuren Kosten, die daraus erwachsen — allen nationalen Bedürfnissen Rechnung. Aber gerade Gewerkschaftsverbände, die überwiegend tschechisch waren, unter tschechischer Oberleitung standen und in Böhmen ihren Zentralsitz hatten, waren das erste Ziel der Lostreißungsbestrebungen. Genau so haben auch die Konsumvereine den Tschechen jedes denkbare Entgegenkommen gezeigt, dennoch werden sie gespalten, dennoch wird den Konsumvereinen empfohlen, nur bei tschechischen Händlern, nicht aber bei der internationalen Großeinkaufsgenossenschaft einzukaufen, und der Brünner Konsumverein z. B. wurde von der „Roverst" wider die Wahrheit öffentlich der Bilanzfälschung beschuldigt. Vollständige Lostrennung des tschechischen Arbeiters auf allen Gebieten ist das Ziel. Auch als Tourist oder als Tanzschüler muß er die tschechische Solidarität betätigen, will er nicht als Lauer verdächtigt werden. Dieser Streit, immer heftiger werdend, erfaßte zuletzt auch das politische Gebiet. Einer der bekannten nichtsnutzigen Resolutionsanträge, wie sie von allen bürgerlichen Parteien des Parlaments schockweise zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100826/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG